

»Armutzeugnis für die Gemeinde«

SPD, Grüne und FDP kritisieren Ratsbeschluss zu Ermäßigungen im Hallenbad

Hövelhof(WV). Für Kopfschütteln hat bei den kleineren Fraktionen im Hövelhofer Gemeinderat die Entscheidung über die Gewährung von Ermäßigungen beim Eintritt ins Hövelhofer Sennebad ausgelöst (WV vom 10. Februar). Mit der CDU-Mehrheit hatte das Gremium beschlossen, den Kreis der Ermäßigungen nicht auf die Bezieher von »Hartz IV« und »Sozialhilfe« auszudehnen.

Von Heinz-Peter Manuel

Wie berichtet, hatte Bündnis 90/Die Grünen den Antrag gestellt, den Kreis der Ermäßigungsberechtigten auszuweiten. So sollten die Empfänger von Leistungen nach dem Asylberwerbergesetz ebenso reduzierten Eintritt erhalten wie Freiwilligendienst-Leistende und Bezieher von Leistungen nach SGB 2 und 12. Grünen-Ratsherr Jörn Achtelik hatte betont, dass es notwendig sei, Bedürftigen den Besuch des Hallenbades zu erleichtern, wie es bei Dienstleistungen der Gemeindeverwaltung und der VHS üblich sei.

»Während von Seiten der CDU die Leistungen nach Hartz IV als durchaus ausreichend auch für den Hallenbadbesuch angesehen wurden, sprach der Bürgermeister auch von Problemen bei der Durchführung«, schildert Achtelik den Verlauf der Sitzung.

»Nach Aussage der CDU ist die Gewährung von Vergünstigungen an der Kasse des Hövelhofer Hallenbades schwierig, weil der Kassenautomat die Abwicklung erschwere«, nimmt auch der FDP-Fraktionsvorsitzende André Klocksin, der den Antrag der Grünen unterstützte, in einer gemeinsamen Erklärung mit den Grünen Stellung: »Selbstverständlich sollten jedoch die Bedürfnisse von Menschen Vorrang vor einer Maschine haben«, ergänzt Klocksin.

Für Marcus Praschan (Grüne) ist es völlig unstrittig, dass die Regelsätze eben nicht ausreichend seien. Praschan: »Allein das unbedingt notwendige Vorhandensein einer Kleiderkammer, der Hövelhofer Tafel »Brot und mehr« sowie der Schulmaterialausgabe, bei der auch die jeweilige Bedürftigkeit nachgewiesen werden muss, zeigt, dass die Betroffenen nicht mit den Regelsätzen auskommen können.«

Jörg Schlüter (Grünen-Fraktion): »Die CDU macht es sich zu einfach. Es ist überall üblich, dass Menschen mit geringsten Einkommen bei Eintrittspreisen entlastet werden. Es ist ein Armutzeugnis für die Gemeinde Hövelhof, wenn dies beim Hallenbad nicht umgesetzt wird. Die Hövelhofer CDU beweist, dass es ihr an sozialer Kompetenz mangelt.«

Achtelik ergänzt: »Bei der gut besuchten Sitzung des Ausschuss für Familie, Sport und Kultur einige Tage zuvor versuchten die CDU-Fraktion und der Bürgermeister noch mit ihrer sozialen Seite zu punkten und verwiesen auf Planungen zu einem Sozialpass. In der Ratssitzung allerdings – mit deutlich weniger Zuschauern – zeigte die CDU-Fraktion ihr wahres Gesicht, verwies auf

angeblich ausreichende Regelsätze und lehnte den Antrag ab.«

Für die Hövelhofer Grünen und die FDP liegt der Verdacht nahe, dass hier ein Antrag auch abgelehnt wurde, weil er aus Reihen der Opposition kam. Sie sehen es als Parteipolitik auf dem Rücken der Schwächsten in der Gesellschaft an und distanzieren sich deutlich von solchem Gebaren.

»Die CDU hat sich nicht mit Ruhm bekleckert«: Mit diesen Worten schaltet sich auch SPD-Fraktionsvorsitzender Mario Schäfer in die Debatte ein, in der »die CDU nicht gerade durch intensive Kenntnisse der Örtlichkeiten« besteche. Ermäßigungen würden in Hövelhof nur in der Verwaltung und im Hallenbad gewährt, das habe auch die Vorlage zur Sitzung bestätigt. Die SPD-Fraktion habe sich daher ebenfalls dem Antrag der Grünen angeschlossen und vorgeschlagen, diesen auf alle Bereiche als einheitlichen Lösungsvorschlag zu übernehmen. Schäfer: »Am Ende sieht die Lösung jetzt so aus, das die Gemeindeverwaltung für Verwaltungsgebühren größere Rabatte einräumt als wir es im Hallenbad tun. Erschreckend. Die Diskussion ist hoffentlich noch nicht endgültig vorbei.«